

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
---------------	---

Volker Boehme-Neßler

Ein Ordnungsrahmen für die Wirtschaft: Deutsches und Europäisches Wirtschaftsverfassungsrecht.....	3
---	----------

A. Deutsches und Europäisches Wirtschaftsverfassungsrecht.....	3
I. Wirtschaft und Verfassung: Welche Bedeutung hat die Verfassung für die Wirtschaft?.....	3
II. Deutsches und europäisches Wirtschaftsverfassungsrecht	4
III. Die Europäisierung des Wirtschaftsrechts.....	5
B. Europäisches Wirtschaftsverfassungsrecht.....	6
I. Europäischer Binnenmarkt und Europäische Wirtschafts- und Währungsunion.....	6
II. Die Marktfreiheiten.....	7
1. Die Marktfreiheiten als Pfeiler des Binnenmarktes	7
2. Die Freiheit des Warenverkehrs.....	8
3. Die Freiheit des Personenverkehrs: Arbeitnehmerfreizügigkeit und Niederlassungsfreiheit	9
4. Die Dienstleistungsfreiheit	11
5. Die Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs.....	12
6. Schranken der Marktfreiheiten	13
a) Zwingende Gründe des Allgemeininteresses	14
b) Keine versteckte Diskriminierung	14
c) Verhältnismäßigkeit.....	15
III. Allgemeine Rechtsgrundsätze.....	15
IV. Ein Kernstück der Wirtschaftsverfassung: Die Wettbewerbsordnung der EG	17
1. Das Kartellverbot, Art. 81 EGV	17
2. Das Mißbrauchsverbot, Art. 82 EGV	19
3. Fusionskontrolle	20
4. Die Beihilfenaufsicht, Art. 87 EGV	21
5. Europäische Kartellbehörde und Kartellverfahren.....	22
6. Extraterritoriale Wirkung des europäischen Wettbewerbsrechts	23
7. Ein Problem aus deutscher Sicht: Verwässert das europäische Wettbewerbsrecht die deutsche Wettbewerbsordnung?.....	24
V. Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion	25
1. Zur Notwendigkeit einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ...	25
2. Grundlagen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion	26
3. Abgestimmte Wirtschaftspolitiken	26
4. Die Währungspolitik: Eine gemeinsame europäische Währung.....	27

5. Die Währungsunion als Stabilitätsgemeinschaft.....	28
a) Stabilität durch inhaltliche Vorgaben: Die Konvergenzkriterien.....	28
b) Stabilität durch Institutionen: ESZB und EZB	28
6. Chance und Risiko: Zur Problematik der Währungsunion.....	29
VI. Eine moderne Zukunftspolitik: Das europäische Umweltrecht	29
1. Hintergründe der europäischen Umweltpolitik	29
2. Ziele und Prinzipien der europäischen Umweltpolitik.....	30
3. Organisation der europäischen Umweltpolitik.....	31
4. Akzente der europäischen Umweltpolitik: Klassische Umweltschutzpolitik und innovative Ansätze.....	32
5. Ein Sonderproblem: Der nationale Alleingang im Umweltrecht	33
C. Deutsches Wirtschaftsverfassungsrecht	34
I. Eine einheitliche Wirtschaftsverfassung?.....	34
II. Grundrechtsschutz für die Wirtschaft.....	35
1. Wirtschaftsfreiheit durch Grundrechte: Warum Grundrechte wichtig für die Wirtschaft sind	35
2. Die Berufsfreiheit, Artikel 12 GG.....	36
a) Die Bedeutung der Berufsfreiheit.....	36
b) Der Inhalt der Berufsfreiheit.....	36
c) Einschränkungen der Berufsfreiheit: Die 3-Stufen-Theorie	38
3. Die Eigentumsfreiheit, Artikel 14 GG	39
a) Die Bedeutung der Eigentumsgarantie für die Wirtschaft	39
b) Der Inhalt der Eigentumsgarantie.....	39
c) Die Schranken des Eigentums	40
4. Die Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit, Artikel 9 GG	41
a) Wirtschaftliche Bedeutung	41
b) Inhalt	42
c) Schranken	43
5. Die Gleichheitsgrundrechte in Art. 3 GG	43
a) Wirtschaftliche Bedeutung	43
b) Die Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Wirtschaft, Artikel 3 Abs. 2 GG.....	44
c) Absolute Diskriminierungsverbote, Artikel 3 Abs. 3 GG.....	44
d) Der allgemeine Gleichheitssatz, Artikel 3 Abs. 1 GG	45
6. Die allgemeine Handlungsfreiheit, Artikel 2 Abs. 1 GG	46
a) Die Freiheit der wirtschaftlichen Entfaltung.....	46
b) Ausprägungen der wirtschaftlichen Entfaltungsfreiheit.....	46
c) Schranken der wirtschaftlichen Entfaltungsfreiheit	47
III. Staatsziele und ihre wirtschaftspolitische Bedeutung	47
1. Staatsziele und Wirtschaft	47
2. Das Rechtsstaatsprinzip	48
a) Wirtschaft im Rechtsstaat: Die Bedeutung des Rechtsstaatsprinzips für die Wirtschaft.....	48
b) Die Gesetzmäßigkeit der Wirtschaftsverwaltung.....	49
c) Rechtssicherheit und Bestimmtheitsgrundsatz.....	50
d) Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz.....	51
e) Effektiver Rechtsschutz.....	52
3. Das Sozialstaatsprinzip	52
a) Das Sozialstaatsprinzip: Keine freie, sondern eine soziale Marktwirtschaft	52

b) Adressaten des Sozialstaatsprinzip	54
4. Das Umweltstaatsprinzip	54
a) Wirtschaft im Umweltstaat	54
b) Der Inhalt des Umweltstaatsprinzips	55

Andreas Schmidt-Rögnitz

Vom Vertrag bis zum Eigentum: Wirtschaftsprivatrecht	57
A. Das Wirtschaftsprivatrecht als Teil der Privatrechtsordnung	57
I. Der Gegenstand und die wesentlichen Rechtsquellen des Wirtschaftsprivatrechts	57
1. Das Bürgerliche Gesetzbuch	58
2. Das Handelsgesetzbuch	59
3. Ergänzende Rechtsquellen	59
II. Grundprinzipien des Wirtschaftsprivatrechts	60
1. Der Grundsatz der Rechtsgleichheit	60
2. Der Grundsatz der Privatautonomie	60
3. Die Eigentums- und Testierfreiheit	61
B. Rechtssubjekte, Rechtsobjekte und besondere Personengruppen des Privatrechts....	61
I. Natürliche und juristische Personen als Rechtssubjekte des Privatrechts	61
II. Kaufleute als besondere Rechtssubjekte des Wirtschaftsprivatrechts	62
1. Der Betrieb eines Handelsgewerbes gemäß §§ 1 Abs. 2, 2 HGB	62
a) Das Handelsgewerbe kraft Eintragung (Kannkaufmann)	63
b) Der Begriff des Handelsgewerbes „nach Art und Umfang“ (Istkaufmann)	63
2. Die Kaufmannseigenschaft von Kapitalgesellschaften	64
3. Der Kaufmann kraft Eintragung	64
III. Die Rechtsobjekte	64
1. Sachen und Tiere	65
2. Nicht körperliche Gegenstände	66
C. Das rechtliche Handeln	66
I. Grundlagen des rechtlichen Handelns	67
1. Das rechtsgeschäftliche Handeln	67
2. Die Rechtshandlung	68
II. Die Willenserklärung	69
1. Der Begriff der Willenserklärung	69
a) Die Erklärungshandlung	69
b) Der Handlungswille	69
c) Das Erklärungsbewußtsein	70
2. Die Wirksamkeit von Willenserklärungen	70
a) Die Abgabe einer Willenserklärung	70
b) Der Zugang einer Willenserklärung	71
3. Die Unwirksamkeit und Anfechtung von Willenserklärungen	72
a) Gesetzliche Fälle unwirksamer Willenserklärungen	72
b) Die Anfechtung von Willenserklärungen	72
D. Besondere Formen des rechtsgeschäftlichen Handelns	76
I. Das Schweigen im Rechtsverkehr	76
1. Das Schweigen gemäß § 362 HGB	77
2. Das Schweigen auf ein kaufmännisches Bestätigungsschreiben	77

II. Rechtsgeschäfte mit beschränkt Geschäftsfähigen	78
III. Rechtsgeschäfte unter Einbeziehung von Stellvertretern	79
1. Die unmittelbare Stellvertretung	79
a) Die Willenserklärung des Vertreters	80
b) Die Abgabe der Willenserklärung im Namen des Vertretenen	80
c) Das Handeln mit Vertretungsmacht	81
d) Der Vertreter ohne Vertretungsmacht	83
2. Die mittelbare Stellvertretung	84
E. Der Abschluß von Verträgen	85
I. Grundlagen des Vertragsabschlusses	85
1. Das Angebot	85
2. Die Annahme	86
II. Sonderformen des Vertragsabschlusses	86
1. Der Dissens	87
2. Die Einbeziehung allgemeiner Geschäftsbedingungen	88
a) Die Anwendbarkeit des AGB-Gesetzes	88
b) Der Begriff der „allgemeinen Geschäftsbedingung“	88
c) Die Einbeziehung allgemeiner Geschäftsbedingungen	88
d) Die Inhaltskontrolle allgemeiner Geschäftsbedingungen	89
F. Der Inhalt von Verträgen	89
I. Der Grundsatz der Vertragsfreiheit	89
II. Grenzen der Vertragsfreiheit	90
III. Die inhaltliche Ausgestaltung von Verträgen	91
1. Der Leistungsgegenstand	91
2. Die Leistungszeit	92
3. Der Leistungsort	92
IV. Wirtschaftsrechtlich relevante Vertragsformen im Überblick	92
1. Verträge über Gegenstände	93
2. Verträge über Tätigkeiten	95
3. Weitere Vertragsformen im Überblick	96
G. Vertragsverhältnisse unter Beteiligung Dritter	96
I. Die Mehrheit von Gläubigern oder Schuldern	97
II. Die Verträge zugunsten Dritter	98
1. Der Vertrag zugunsten eines Dritten	98
2. Der Vertrag mit Schutzwirkung für einen Dritten	98
3. Der Vertrag zu Lasten eines Dritten	99
III. Der Wechsel eines Vertragspartners	99
1. Der Gläubigerwechsel	99
2. Der Schuldnerwechsel	100
H. Die Beendigung von Verträgen	100
I. Das Erlöschen im Falle der Leistungsbewirkung	100
II. Das Erlöschen in anderen Fällen	101
1. Der Aufhebungsvertrag	101
2. Die Kündigung	101
3. Der Rücktritt vom Vertrag	102
4. Der Widerruf von Verträgen	102
I. Störungen von Schuldverhältnissen	102
I. Das „allgemeine Leistungsstörungenrecht“	103
1. Die „Nichterfüllung“	103
2. Der Verzug	104

3. Die Schlechtleistung	106
4. Das „Verschulden bei Vertragsschluß“	106
5. Die Haftung für „Erfüllungsgehilfen“	107
II. Besondere Störungen einzelner Vertragsformen	107
K. Gesetzliche Schuldverhältnisse	108
I. Die „Geschäftsführung ohne Auftrag“	108
II. Die „ungerechtfertigte Bereicherung“	109
III. Das Deliktsrecht	109
1. Die Grundlagen der deliktischen Haftung	109
a) Die deliktische Haftung gemäß § 823 Abs. 1 BGB	109
b) Die Verletzung eines Schutzgesetzes gemäß § 823 Abs. 2 BGB	110
c) Die Haftung für Verrichtungsgehilfen gemäß § 831 BGB	111
d) Die Gefährdungshaftung	111
e) Das Schmerzensgeld	112
2. Die Höhe des Schadensersatzes	112
L. Das Sachenrecht	113
I. Grundbegriffe des Sachenrechts	113
1. Das Eigentum	113
2. Der Besitz	114
3. Der Schutz von Eigentum und Besitz	115
II. Der Erwerb des Eigentums	115
1. Der rechtsgeschäftliche Erwerb des Eigentums vom Eigentümer	115
a) Die Einigung	115
b) Die Übergabe und ihre Surrogate	116
2. Der Erwerb des Eigentums durch die Verfügung eines Nichtberechtigten	117
3. Der originäre Eigentumserwerb	118

Hinrich Julius

Geld für die Wirtschaft: Das Recht der Kreditsicherung 121

A. Einleitung	121
I. Wirtschaftlicher Hintergrund von Kreditsicherheiten	121
II. Formen der Kreditsicherung	121
1. Personal- und Realsicherheiten	121
2. Geborene und gekorene Sicherheiten	122
3. Akzessorische und fiduziarische Sicherheiten	123
III. Zustandekommen und Wirksamkeit einer Sicherung	124
1. Der Sicherungsvertrag	124
2. Unwirksamkeit des Sicherungsvertrags	125
B. Personalsicherheiten	127
I. Die Bürgschaft	127
1. Wesen der Bürgschaft	127
2. Ausgestaltung der Bürgschaft in der Praxis	127
3. Form des Bürgschaftsvertrags	128
4. Das Verhältnis zwischen Bürge und Gläubiger	128
5. Das Verhältnis zwischen Bürge und Hauptschuldner	129
6. Erlöschen der Bürgschaftsverpflichtung	130
II. Sonstige Personalsicherheiten	130
1. Garantie	130

2. Schuldmitübernahme	131
3. Patronatserklärung	131
C. Realsicherheiten	132
1. Mobiliarsicherheiten	132
1. Pfandrecht an beweglichen Sachen und Forderungen	132
a. Anwendungsbereich	132
b. Inhalt	133
2. Sicherungsübereignung	133
a. Inhalt der Sicherungsübereignung	133
b. Gegenstand der Sicherungsübereignung	134
c. Kollision mit anderen Sicherungsrechten	135
d. Bestimmtheitsgrundsatz	136
e. Rechtliche Anforderungen an eine wirksame Sicherungsübereignung	136
f. Beendigung der Sicherungsübereignung	137
3. Sicherungsabtretung	138
a. Rechtsgrundlagen der Sicherungsabtretung	138
b. Sicherungsvertrag	138
c. Sicherungsgut	139
d. Drittschuldnerschutz	140
e. Offenlegung der Abtretung	140
f. Zessionsformen	141
II. Immobiliarsicherheiten	141
1. Allgemeines	141
2. Hypothek	142
3. Grundschuld	142
4. Entstehung der Grundpfandrechte	143
5. Übertragung der Grundpfandrechte	144
6. Unterwerfungsklausel	144
7. Zweckbestimmungserklärung	145
8. Haftungsumfang	145
9. Tilgung	146
<i>Irmgard Küfner-Schmitt</i>	
Spielregeln für die Arbeitswelt: Arbeitsrecht	149
A. Einführung	149
I. Begriff	149
II. Rechtsquellen	150
1. Internationales und supranationales Recht	150
2. Grundgesetz	151
3. Bundes- und Landesgesetze	152
4. Verordnungen	153
5. Tarifverträge	153
a) Allgemeines	153
b) Inhalt des Tarifvertrages	154
c) Wirkung der Tarifnormen	154
d) Allgemeinverbindlicherklärung	155
6. Betriebsvereinbarung	155
a) Abschluß und Zustandekommen	155

b) Geltungsbereich	156
c) Inhalt und Verhältnis zum Tarifvertrag	156
d) Wirkung der Betriebsvereinbarung	156
7. Arbeitsvertrag	157
8. Gesamtzusage und betriebliche Übung	157
a) Gesamtzusage	157
b) Betriebliche Übung	158
9. Weisungsrecht	159
B. Individualarbeitsrecht	159
I. Begründung des Arbeitsverhältnisses	159
1. Das Anbahnungsverhältnis	159
a) Die Ausschreibung des Arbeitsplatzes	159
b) Ersatz der Vorstellungskosten	160
c) Fragerecht des Arbeitgebers	160
d) Fragebögen	161
e) Einstellungsuntersuchung/ graphologische Tests	161
f) Diskriminierungsverbot	161
g) Beteiligung des Betriebsrates	162
2. Vertragsschluß	165
a) Vertragsfreiheit	165
b) Formvorschriften	166
c) Abschlußmängel	167
II. Inhalt des Arbeitsverhältnisses	169
1. Pflichten des Arbeitnehmers	169
a) Hauptpflichten	169
b) Nebenpflichten	170
2. Pflichten des Arbeitgebers	170
a) Hauptpflicht	170
b) Nebenpflichten	171
III. Besondere Arbeitsverhältnisse	172
1. Befristetes Arbeitsverhältnis	172
a) Grundsatz	173
b) Sachlicher Grund	173
c) Zeitbefristung und Zweckbefristung	173
d) Mehrfachbefristung	174
e) Befristung nach dem Beschäftigungsförderungsgesetz	174
f) Form der Befristung	174
g) Geltendmachung der Unwirksamkeit einer Befristung	175
2. Teilzeitarbeitsverhältnis	175
a) Abrufarbeit	175
b) Job-Sharing und Turnusarbeit	176
IV. Nichtleistung des Arbeitnehmers und Entgeltzahlung	176
1. Grundsätzliches	176
a) Unmöglichkeit	177
b) Annahmeverzug des Arbeitgebers	178
2. Lohn ohne Arbeit	178
a) Verhinderung aus persönlichen Gründen	179
b) Urlaub	179
c) Feiertagsvergütung	179
d) Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall	180

V. Schlechtleistung des Arbeitnehmers und Haftung.....	181
1. Schlechtleistung des Arbeitnehmers	181
2. Haftung	181
a) Haftung des Arbeitnehmers für Sachschäden	182
b) Haftung des Arbeitgebers für Sachschäden	183
c) Haftung des Arbeitgebers für Personenschäden	184
d) Haftung des Arbeitnehmers für Personenschäden	185
V. Beendigung des Arbeitsverhältnisses.....	186
1. Allgemeines zur Kündigung	186
2. Kündigungsbeschränkungen	187
3. Beteiligung des Betriebsrats	187
4. Die ordentliche Kündigung.....	188
5. Allgemeiner Kündigungsschutz.....	188
a) Anwendungsbereich	189
b) Inhalt des Kündigungsschutzes.....	189
c) Kündigungsgründe	190
d) Geltendmachung der Sozialwidrigkeit.....	192
6. Die außerordentliche Kündigung.....	192
a) Wichtiger Grund.....	192
b) Kündigungserklärungsfrist	193
c) Gerichtliche Geltendmachung	193
<i>Stephan Dietrich</i>	
Vom Verein bis zum Weltkonzern: Gesellschaftsrecht	195
A. Begriff und Bedeutung des Gesellschaftsrechts	195
B. Einteilung der Gesellschaften.....	196
I. Personengesellschaften	196
1. Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts.....	197
2. Die Offene Handelsgesellschaft und Kommanditgesellschaft	198
3. Die Stille Gesellschaft	199
4. Die Partnerschaft	199
5. Die Europäische wirtschaftliche Interessensvereinigung.....	200
II. Körperschaften.....	200
1. Der Verein	200
2. Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung	201
3. Die Aktiengesellschaft.....	202
4. Die Kommanditgesellschaft auf Aktien	203
5. Die eingetragene Genossenschaft	204
C. Grundbegriffe.....	205
I. Rechtsformzwang	205
II. Innen- und Außenverhältnis.....	206
III. Fehlerhafte Gesellschaft.....	207
IV. Juristische Person und Gesamthand	208
D. Der Gesellschaftsvertrag	209
E. Geschäftsführung und Vertretung	211
I. Gesellschaft bürgerlichen Rechts.....	212
II. Personenhandelsgesellschaft	213
III. Kapitalgesellschaften	214

F. Das Gesellschaftsvermögen	215
I. Gesellschaft bürgerlichen Rechts	215
II. Personenhandelsgesellschaft	216
III. Kapitalgesellschaften	216
G. Haftung für Verbindlichkeiten	216
I. Gesellschaft bürgerlichen Rechts	217
1. Vertragliche Pflichtverletzung durch Mitgesellschafter	219
2. Bereicherungsfälle	220
3. Haftung aus unerlaubter Handlung	220
II. Personenhandelsgesellschaften	220
III. Kapitalgesellschaften	222
H. Mitgliedschaft	223
I. Rechte der Gesellschafter	223
1. Vermögensrechte	223
2. Mitverwaltungsrechte	224
II. Pflichten der Gesellschafter	224
1. Beitragspflicht	224
2. Treuepflicht	225
I. Gesellschafterwechsel	226
J. Beendigung der Gesellschaft	227
I. Die Auflösung	227
II. Auseinandersetzung	228
III. (Voll-)beendigung	228

Volker Boehme-Neßler

Wirtschaft ohne Grenzen? – Europäisches Gesellschaftsrecht 229

A. Einheitliches Gesellschaftsrecht im Binnenmarkt	229
B. Verfassungsrechtliche Grundlagen: Das primäre europäische Gesellschaftsrecht	231
C. Zwei Wege zum Binnenmarkt für Gesellschaften	233
I. Die Europäisierung des Gesellschaftsrechts durch EG-Richtlinien	234
1. Allgemeines	234
2. Die einzelnen Richtlinien	235
a) Die Publizitätsrichtlinie	235
b) Die Kapitalrichtlinie	236
c) Die Fusionsrichtlinie	236
d) Bilanzrechtliche Richtlinien	237
e) Die Spaltungsrichtlinie	238
f) Die Zweigniederlassungsrichtlinie	239
g) Einpersonengesellschaftsrichtlinie	239
3. Ungelöste Probleme im EG-Gesellschaftsrecht: Richtlinienvorschläge der Kommission	240
a) Die Struktur der Aktiengesellschaft	240
c) Internationale Fusionen	241
d) Übernahmeangebote	241
II. Europäisches Gesellschaftsrecht	243
1. Europäische Gesellschaftstypen	243
2. Die Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung	244
a) Rechtliche Grundlagen	244

b) Inhalt und Charakter der EWIV	244
c) Vorteile und Kritik	245
3. Die Europäische Aktiengesellschaft	246
a) Auf dem Weg zu einer Europäischen Aktiengesellschaft?	246
b) Die Struktur der Europäischen Aktiengesellschaft	247
c) Die Probleme der Europäischen Aktiengesellschaft	248
4. Weitere europäische Gesellschaftsformen	249
a) Europäischer Verein	249
b) Die Europäische Genossenschaft (EUGEN)	250
c) Europäische Gegenseitigkeitsgesellschaft (EUGGES)	251
D. Europäisches Gesellschaftsrecht in der Krise	252
I. Krisensymptome und Ursachen	252
II. Rechtsangleichung oder Wettbewerb der Rechtsordnungen?	252

Volker Boehme-Neßler

Cyberlaw: Wirtschaftsrecht für die Internet-Ökonomie	255
A. Die Internet-Ökonomie	255
I. Das Internet	255
1. Cyber-World	255
2. Cyber-Think	256
II. Die Internet-Ökonomie	257
1. Globalisierung	257
2. Dezentralisierung	258
3. Vernetzung	258
4. Individualisierung und Flexibilisierung	260
5. Innovative Regulierungsmodelle	260
B. Provider	261
I. Begriff, Arten und Bedeutung	261
1. Begriff und Arten	261
2. Schlüsselstellung: Die technische und politische Bedeutung der Provider ...	261
II. Die Zulassung als Provider	262
III. Kundenschutz: Verträge mit Providern	262
1. Die Telekommunikations-Kundenschutz-Verordnung (TKV)	263
2. AGB-Gesetz	263
a) Wann werden AGB Bestandteil des Providervertrages?	263
b) Wann sind AGB inhaltlich wirksam?	264
IV. Inhalte im Internet: Verantwortlichkeit und Kontrollpflichten von Providern ...	265
1. Teledienste und Mediendienste	265
2. Die Verantwortlichkeit von Providern für Inhalte	265
V. Das Internet als internationales Medium: Anwendbarkeit des deutschen Rechts?	266
C. Domains	266
I. Begriff und Bedeutung	266
II. Die Vergabe von Domains	267
III. Der Schutz von Domains	268
1. Domainschutz als Querschnittsaufgabe	268
2. Domains als Name, Firma, Marke und Werktitel	269
3. Domain-Grabbing – Wettbewerbsrechtlicher Schutz von Domains	270

4. Domains als Eigentum	271
5. Globales Internet – deutsches Domain-Schutzrecht?	271
D. Electronic commerce	272
I. Die Wirtschaft geht online: electronic commerce	272
II. Rechtsgrundlagen des Electronic Commerce: Auf dem Weg zu einem Internet-Handelskodex?	275
1. Deutsches Recht und internationaler E-commerce	275
2. Auf dem Weg zu einem globalen Internet – Handelskodex?	276
a) Framework for global electronic commerce	276
b) Der global business dialogue on electronic commerce	277
c) Europäisches Internet-Recht	277
III. Elektronische Verträge: Vertragsschluß im Internet	278
1. Der Mausklick als Willenserklärung	278
2. Die digitale Signatur	279
3. Formvorschriften bei Verträgen im electronic commerce	280
4. Die Anfechtung von Willenserklärungen im Internet	280
IV. Allgemeine Geschäftsbedingungen im electronic commerce	281
1. Die Vorfrage: Anwendbarkeit des AGB-Gesetzes auf grenzüberschreitende Verträge	281
2. AGB als Vertragsbestandteil	282
3. Der zulässige Inhalt von AGB	284
4. Rechtsfolgen unwirksamer AGB	285
V. Virtuelle Haftung? Produkthaftung im electronic commerce	285
VI. Verbraucherschutz im electronic commerce	286
1. Vorbemerkung: Mächtigere Verbraucher im Internet	286
2. Europäischer Verbraucherschutz im electronic commerce	286
3. Verbraucherschutz im electronic commerce: Das deutsche Recht	287

Christoph Schalast/Felix Hermonies

Wirtschaft und Staat: Wirtschaftsverwaltungsrecht	291
A. Einleitung	291
I. Zum Begriff Wirtschaftsverwaltungsrecht	291
II. Entwicklungstendenzen des Wirtschaftsverwaltungsrecht: Deregulierung und Privatisierung	293
III. Wirtschaftsverwaltungsrecht und Wirtschaftsgrundrechte	293
IV. Wirtschaftsverwaltungsrecht als Standortfaktor	294
V. Wertwidersprüche im Wirtschaftsverwaltungsrecht	294
B. Einteilung des Wirtschaftsverwaltungsrechts	295
C. Allgemeines Wirtschaftsverwaltungsrecht	296
I. Die Aufgabe der öffentlichen Verwaltung	296
II. Das Handeln der öffentlichen Verwaltung	297
1. Der Verwaltungsakt (VA)	298
2. Öffentlich-rechtlicher Vertrag	303
3. Schlichtes Verwaltungshandeln/Realakt	304
III. Rechtsschutz	304
D. Besonderes Wirtschaftsverwaltungsrecht	305
I. Gewerberecht	305
1. Rechtliche Grundlagen	305

2. Die Gewerbefreiheit.....	305
3. Grundbegriffe	307
II. Umweltrecht.....	309
III. Moderne Tendenzen: Telekommunikations- und Energiewirtschaftsrecht	310
IV. Subventionsrecht.....	311
1. Begriff, Arten.....	312
2. Das Subventionsverhältnis.....	313
3. Rückabwicklung	313
V. Öffentliche Aufträge	314
VI. Eigenwirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand.....	315
 Register.....	 317